

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Montag, 22. November 2010 17:55
An: ines.schmied-binderlehner@vida.at; nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at; presse@bsa.at; michael.zahradnik@inode.at
Betreff: Bildungsdiskussion

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Bildungsdiskussion

ÜBERSICHT

Meldungen bis 22.11.2010 17:53

MEINUNGEN

[Streit um Lehrerkompetenzen: Föderalistische Folklore](#)

[Conrad Seidl: Schlau argumentierte Bürgernähe](#)

[KARL ETTINGER: Ewige Schaukämpfe und immerwährende Bürokratie](#)

[Visionen? Nicht mit der Regierung - Ein inhaltliches Vakuum in der Regierung dominiert die Innenpolitik.](#)

[Lasst sie in Ruhe arbeiten! - Von Andreas Koller](#)

SOGAR VP-NAHE LEHRER "SCHOCKIERT" ÜBER PRÖLL

[ELTERN UND SOZIALPARTNER FORDERN RUNDEN TISCH ZUR BILDUNG - "ALLIANZ DER BILDUNGSREFORMER" WARNT VOR VERLÄNDERUNG - MANAGEMENT CLUB: HIEßE DEN HUND AUF DIE WURST AUFPASSEN ZU LASSEN](#)

[ANDREAS SCHNIDER: "DAS SCHULSYSTEM WIRD DAMIT WEITER VERPOLITISIERT" - ANDREAS SCHNIDER, QUERDENKER IN DER STEIRISCHEN VOLKSPARTEI UND PROFUNDER FÖDERALISMUS-EXPERTE, SPRICHT SICH DEZIDIERT GEGEN EINE VERLÄNDERUNG DER LEHRER](#)

AUS

BUDGET 2011: GUTE BILDUNG IST BESTER SCHUTZ GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT - PRO-GE UND VIDA FORDERN RÜCKNAHME DER KÜRZUNGEN IM BILDUNGSBEREICH - VERMÖGENSSTEUER DRINGEND NOTWENDIG - DEMONSTRATION AM 27. NOVEMBER IN WIEN

FOGLAR: ZUKUNFTSTHEMA BILDUNG UMFASSEND DISKUTIEREN - BARRIEREN ABBAUEN, GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE JUNGEN MENSCHEN

Barrieren in der Bildung abbauen

Bildungswegentscheidung später treffen

→ **Bildungskonzept der Sozialpartner**

ZUSAMMENFASSUNG DER PRESSE-MELDUNGEN

Patt-Situation im Lehrerstreit - ORF.at

Auch bei Reform in Schulverwaltung geht nichts mehr - nachrichten.at

Faymann und Pröll fehlt der Blick für die Zukunft - nachrichten.at

Busek schlägt Befragung der ÖVP-Mitglieder vor - derStandard.at

Pröll ortet Gesprächsverweigerung - ORF.at

Lehrergewerkschaft gegen ÖVP-Vorschlag - ORF.at

Faymann reicht's: "Diskussion ist beendet" - Kleine Zeitung

Schulstreit: Kanzler droht ÖVP mit "Druck" - Kurier

Standort: news.ORF.at / Thema: „Trotz Faymann-“Machtworts“: Lehrer bleiben SPÖ ... - ORF.at

Prölls Glück im Unglück - DiePresse.com

Das Faymann-Paradoxon - DiePresse.com

Länder-Lehrer: Wo die Vorteile, wo Nachteile? - ORF.at

Faymann: "Diskussion ist beendet" - derStandard.at

Karl will keinen "Bildungsfleckerlteppich" - derStandard.at

Auch VP-Chef Pröll will Kompetenz für alle Lehrer bei den Ländern - nachrichten.at

Schule entzweit Koalition - tt.com

Lehrer werden zum Spielball der Landesfürsten – Das Ende der Reform - Wiener Zeitung

Lehrer: Faymann steht zur Position des Bundes - nachrichten.at

ÖVP-Länder einigen sich mit Finanzminister auf Effizienzsteigerung - Kompetenz ... - Österreich Journal

Faymanns Machtwort - NÖN Online

Polit-Eiszeit in der Bildung - NÖN Online

Die Schlacht beginnt - NÖN Online

Im Interview mit "Österreich" fordert Josef Pröll die SPÖ auf, endlich Mauern ... - oevp.at

Josef Pröll: "SP soll nicht mauern" - oe24.at

"Kleine Zeitung" Kommentar: "Land ohne Kompass" (Von Hubert Patterer) - APA OTS (Pressemitteilung)

Lehrer-Debatte Häupl stützt Faymann wienweb.at

ÖSTERREICH: Kanzler Faymann spricht "Machtwort" zum Lehrer-Streit: "Diskussion ... - APA OTS

(Pressemitteilung)

Kaltenegger: Menschen wollen, dass auch in Verwaltung gespart wird - SPÖ soll ... - APA OTS (Pressemitteilung)

"profil"-Umfrage: Starke Verluste der ÖVP, Faymann vor Pröll - APA OTS (Pressemitteilung)

PLATTFORM EDUCARE UNTERSTÜTZT BILDUNGSVOLKSBEGEHREN!

Die Mitglieder der Plattform EduCare und alle an der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik Interessierten können mit dafür sorgen, dass in die endgültige Formulierung des geplanten Volksbegehrens auch die Elementarpädagogik explizit aufgenommen wird.

JUGENDVERTRETUNG: BILDUNGSPOLITIK MUSS ENDLICH IN DER GEGENWART ANKOMMEN! - GEPLANTE KÜRZUNGEN UND RÜCKSCHRITTE SIND FATAL FÜR DIE ZUKUNFT JUNGER MENSCHEN!

"KURIER"-KOMMENTAR VON JOSEF VOTZI: "ZEIT FÜR DEN SUPERGIPFEL" EIN POLIT-GIPFEL JAGT DEN ANDEREN. ABER WELCHEN BERG WILL DIE REGIERUNG NEHMEN?

LEHRER - HÄUPL: ÖVP-VORSTOß FÜR GEMEINSAME LÖSUNG NICHT DIENLICH - "STEHE ZUM BESCHLUSS VON FRAUENKIRCHEN"

BSA: REGIERUNGSBESCHLUSS UMSETZEN - ALLE LEHRERINNEN ZUM BUND

AKS UND SJ AN ÖVP: "MACHTPOLITIK UND BLOCKADE: 1, SCHULPOLITIK: 5" - JUGENDLICHE PROTESTIERTEN VOR ÖVP-BUNDESPARTEIZENTRALE GEGEN DIE SCHAFFUNG EINES BILDUNGSFLECKERLTEPPICHS ZULASTEN KÜNFTIGER SCHULREFORMEN

AHS-GEWERKSCHAFTER LEHNEN EINE "VERLÄNDERUNG" AB - PRÖLL GEHT ES NUR UM MACHT

VERLÄNDERUNG DER BILDUNG IST BILDUNGSPOLITISCHER WAHSINN ...

LEHRERINNENBILDUNG NEU - STAKEHOLDERKONFERENZEN

IMPRESSUM UND HINWEISE

Meinungen

Streit um Lehrerkompetenzen: Föderalistische Folklore

Die Lehrerkompetenzen zu den Länder zu verschieben, mag die Landespolitiker befrieden, geht aber an den Bedürfnissen der Menschen vorbei

Conrad Seidl: Schlau argumentierte Bürgernähe

Im Streit um die Zuständigkeit für die Lehrer geht es um das ganze System

KARL ETTINGER: Ewige Schaukämpfe und immerwährende Bürokratie

Von Schulen zum Sozialstaat: Von Verwaltungsreform reden Regierung und Länder gern, aber am Ende muss der Steuerzahler froh sein, wenn er nicht noch mehr zahlt.

Visionen? Nicht mit der Regierung - Ein inhaltliches Vakuum in der Regierung dominiert die Innenpolitik.

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/Meinung/1714372-39/visionen-nicht-mit-der-regierung.csp>

Lasst sie in Ruhe arbeiten! - Von Andreas Koller

Bildungs-Desaster. Wie wäre es mit einem völlig neuen und revolutionären bildungspolitischen Ansatz? Er lautet: Man möge die Unterrichts- und die Wissenschaftsministerin schlicht und einfach ihre Jobs tun lassen.

[Lasst sie in Ruhe arbeiten!](#) weiterlesen

Sogar VP-nahe Lehrer "schockiert" über Pröll

Josef Prölls Ansinnen, die administrativen Kompetenzen im Schulsystem auf die Länder zu übertragen, ruft jetzt auch bei den Lehrer-Vertretern heftige Reaktionen hervor. Das Argument, die "Verländerung" sei eine Verwaltungsreform, sei "Augenauswischerei", über den Schwenk Prölls sei man "schockiert", heißt es. Was indes den Vizekanzler schockieren könnte: Die Kritiker stammen aus der VP-nahen Fraktion Christlicher Gewerkschafter.

http://www.krone.at/Oesterreich/Sogar_VP-nahe_Lehrer_schockiert_ueber_Proell_Verlaenderung-Story-231532

Eltern und Sozialpartner fordern Runden Tisch zur Bildung - "Allianz der Bildungsreformer" warnt vor Verländerung - Management Club: Hieße den Hund auf die Wurst aufpassen zu lassen

Wien - Elternvertreter, Sozialpartner und Bildungsexperten haben am Montag vor den Folgen einer von der ÖVP geforderten Verländerung der Schulverwaltung gewarnt und von der Regierung einen "Runden Tisch" zur Bildungspolitik in der zweiten Jännerhälfte eingefordert. Trotz der "Machtspiele" der Koalitionspartner in der Schulpolitik sehen die Vertreter der "Allianz der Bildungsreformer", wie Bildungsexperte Gerhard Riemer von der [Industriellenvereinigung](#) (IV) sie nannte, noch Chancen für eine Schulreform. Der "Hilferuf nach einer Reform" sei mittlerweile sehr laut geworden: "Ich glaube nicht, dass die Politik umhin kann, das zu hören", so Riemer bei einer Pressekonferenz.

Derzeit, beklagte Stefan Mandahus, Präsident des Hauptverbandes Katholischer Elternvereine, laufe Österreichs Schulsystem nach dem Motto "viel gelernt und nichts verstanden", das sei ein Armutszeugnis für das österreichische Schulwesen. Auch [Wirtschaftskammer](#)-Bildungsexperte Michael Landertshammer wies auf massive Schwächen hin: Obwohl Österreich eines der teuersten Schulsysteme habe, sei der Output "bestenfalls Mittelklasse". Laut OECD-Studien könnten 20 Prozent der Pflichtschulabsolventen nicht sinnerfassend lesen, Unternehmer würden bei Bewerbern für Lehrstellen über Mängel bei Mathematik- und Deutschkenntnissen und sozialen Kompetenzen klagen. "So wie's jetzt läuft", betonte Riemer, "werden wir weiter an Terrain verlieren und nicht aufholen".
"Verschlechterung der Situation"

Die Initiative der ÖVP, den Ländern mehr Macht in Schulfragen einzuräumen, würde unterdessen zu einer weiteren "Verschlechterung der Situation" führen, warnte Theodor Saverschel, Präsident des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen. Markus Heingärtner vom Management Club kritisierte nicht nur den schon derzeit herrschenden "Länderzentrismus", bei dem St. Pölten so tue als wisse es, welche Lehrer in Laa an der Thaya gebraucht würden. In Anlehnung an einen Spruch von Ex-Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ) meinte er sogar, den Ländern die Lehrer zu übergeben sei dasselbe, wie einen Hund auf die Wurst aufpassen zu lassen.

Bildungsforscher Lorenz Lassnigg vom [IHS](#) verglich die derzeitige Schulverwaltung, bei der der Bund für alle Lehrer zahlt, die Länder aber bei den Landeslehrern die Ausgaben selbst bestimmen, mit einem Kind, das von den Eltern Taschengeld bekommt. Eine Verländerung würde bedeuten, dieses System auf alle Bereiche auszuweiten - "dabei gibt es kein einziges ernsthaftes Argument, das sachlich für eine Verländerung sprechen würde".
"Zersplitterung des Schulwesens"

Werner Specht von Bundesinstitut für Bildungsforschung (Bifie) sieht in den Verländerungsplänen den Versuch, die geplante Gesamtreform von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) mit Qualitätssicherung, neuer Lehrerausbildung, neuem Dienstrecht und dem Modell der Neuen Mittelschule (NMS) zu verhindern oder zumindest zu verwässern. "Ich sehe alle Tendenzen als gefährlich an, die zu einer Zersplitterung des Schulwesens führen." Schon derzeit gebe es große Ungleichheiten unter den Bundesländern. Während etwa in der Steiermark oder Oberösterreich bis zu 90 Prozent der Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf in Regelschulklassen integriert seien, wären es nur etwa 30 Prozent in Vorarlberg oder Niederösterreich. "Die Unterschiede würden dann noch größer."

Weitgehende Einigkeit herrschte unter den Anwesenden darüber, was eine sinnvolle Schulreform umfassen müsse: Die Definition strategischer Bildungsziele und deren Überprüfung, eine schlanke Schulverwaltung, stärkere Schulautonomie und nicht zuletzt eine einheitliche klare Kompetenz für das Bildungswesen beim Bund. Auch die Arbeiterkammer (AK) spricht sich gegen eine Verländerung aus: "Wir brauchen eine neue, einheitliche Schule für ganz Österreich, die alle Kinder gleich gut fördert - nicht zwei, drei oder sogar neun unterschiedliche Ausprägungen derselben Schultypen je nach Wohnort der Kinder", hieß es in einer Aussendung. (APA)

<http://derstandard.at/1289608466847/Eltern-und-Sozialpartner-fordern-Runden-Tisch-zur-Bildung>

Andreas Schnider: "Das Schulsystem wird damit weiter verpolitisiert" - Andreas Schnider, Querdenker in der steirischen Volkspartei und profunder Föderalismus-Experte, spricht sich dezidiert gegen eine Verländerung der Lehrer aus

STANDARD: Können Sie dem Vorschlag einer Verländerung der Lehrer etwas abgewinnen?

Schnider: Ich bin einigermaßen entsetzt. Das von Josef Pröll mit den ÖVP-Landeshauptleuten akkordierte Modell einer Verländerung aller Lehrer kann nicht wirklich durchdacht sein. Das vom niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll genannte Einsparungspotenzial durch eine Verlagerung der Personalkompetenz in die Länder von 40 bis 50 Millionen Euro kann ich überhaupt nicht sehen. Das Gegenteil ist der Fall.

STANDARD: Inwiefern?

Schnider: Hintergrund des Vorstoßes ist einerseits, die SPÖ unter Druck zu bringen. Andererseits glauben die Landeshauptleute, sich ein Körberlgeld über die Schüler-Kopf-Quoten für die nächsten Jahre zu sichern. Indem sie überhöhte Quoten von der Regierung verlangen werden. Es geht den Landeshauptleuten also darum, wie sie sich in nächster Zukunft, da die Mittel allgemein weniger werden, rechtzeitig Geldquellen erschließen. Finanzminister Pröll wird sich noch anschauen, wie viel ihn das kosten wird. In jedem Fall mehr.

STANDARD: Bildungsministerin Claudia Schmied argumentiert, mit der Verländerung würde die Bildungsreform gestoppt werden.

Schnider: Richtig. Das Pröll-Pröll-System ist in der Praxis auch deshalb so problematisch, weil tatsächlich Schulreformen in Zukunft nicht mehr umsetzbar wären. Die Länder können künftig argumentieren: Reformen gut und schön, aber mit diesen Schüler-Kopf-Quoten können wir diese Reform nicht umsetzen, sorry, dafür haben wir kein Geld. Damit können sie wieder alles torpedieren.

STANDARD: Die ÖVP-Landeshauptleute und auch Finanzminister Pröll argumentieren, dass die Verwaltung der Schulen samt Einsetzung der Lehrer besser vor Ort koordiniert werden kann. Weil man in den Ländern den Bedarf besser kennt als die Wiener Zentralstelle.

Schnider: Die Forderung der Verländerung ist allein vom Prinzip her schon unsinnig. Welche Firma würde eine Unternehmensstrategie entwickeln und ihr Personal, das sie dafür braucht, auslagern und von einer anderen Firma managen lassen? Zu Ende gedacht bedeutet das, dass das Bildungsministerium überflüssig wird. Die Überweisung der Lehrergehälter könnten auch die Beamten des Finanzministeriums machen. Das ist eine kalte Entmachtung des Bildungsministeriums.

STANDARD: Warum kam jetzt dieser akkordierte Vorstoß der ÖVP?

Schnider: Letztendlich ist es wohl ein Zugeständnis von Minister Josef Pröll an den Chef der Landeshauptleutenkonferenz, Erwin Pröll, um Zusagen der Landeshauptleute für Einsparungen im Bundesbudget zu bekommen. Aber es ist,

das muss man sagen, auch ein Rückschritt um drei Jahrzehnte. Das Schulsystem wird damit weiter verpolitisiert. Wie anders ist es sonst zu verstehen, dass die Landeshauptleute die Oberhoheit über die Lehrer haben wollen? Man wird mit dieser Initiative aber baden gehen. Denn es gibt schon jetzt enormen Widerstand in den ÖAAB-Reihen der Lehrer, etwa in den AHS, die im Bund angestellt sind und keinesfalls in Länderkompetenz wechseln wollen. Außerdem fehlt für so eine Reform eine Mehrheit im Parlament.

ANDREAS SCHNIDER (50) ist Hochschullehrer, Theologe, Verleger und Politiker. Bis 2006 war er Geschäftsführer der steirischen Volkspartei, bis Oktober 2010 Mitglied des Bundesrates

<http://derstandard.at/1289608400914/Andreas-SchniderDas-Schulsystem-wird-damit-weiter-verpolitisiert>

Budget 2011: Gute Bildung ist bester Schutz gegen Arbeitslosigkeit - PRO-GE und vida fordern Rücknahme der Kürzungen im Bildungsbereich - Vermögenssteuer dringend notwendig - Demonstration am 27. November in Wien

"Wir wissen alle, dass gute Bildung und Ausbildung der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit sind", argumentiert Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE anlässlich des heutigen "Unigipfels", bei dem Universitätenkonferenz und HochschulInnenenschaft der Regierung ihre Aufwartung machen. "Jedes Kind muss die Chance auf gute Bildung und Ausbildung haben - unabhängig vom Einkommen der Eltern", appelliert der PRO-GE Vorsitzende. "Die Einführung einer Vermögenssteuer würde nicht nur die Kürzungen unnötig machen, es wären damit auch dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Gesundheit möglich", ergänzt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske.

Von den geplanten Kürzungen bei der Familienbeihilfe seien StudentInnen, junge Arbeitssuchende, Familien mit mehreren Kindern und ArbeitnehmerInnen mit geringem Einkommen besonders stark betroffen. "Kinder aus einkommensschwachen Familien hätten es durch die geplanten Kürzungen ungleich schwerer sich höhere Bildung aneignen zu können. Anstelle der Kürzungen im Familienbereich schlagen wir die Einführung einer Vermögenssteuer vor", so Wimmer.

Eine Steuer auf sehr hohe Vermögen wäre nicht nur ein positives Signal an alle, die von den Kürzungen überproportional betroffen sind, es würden auch jene etwas zur Budgetkonsolidierung beitragen müssen, die es sich auch leisten könnten. "Die Einsparungen, wie sie jetzt geplant sind, mögen zwar kurzfristig Geld bringen. In Zukunft fällt uns diese kurzsichtige Denkweise aber auf den Kopf, weil das Ausbügeln dann umso mehr kostet", ist Kaske überzeugt. Bereits jetzt gäbe es zu wenige AkademikerInnen in Österreich die am Arbeitsmarkt dringend gebraucht würden, die Budgetpläne verschärfen dieses Problem nur.

Um auf die ungleichen Belastungen im Budgetplan 2011 und auf andere, zukunftsorientierte Möglichkeiten zur Verteilung der Lasten hinzuweisen, ruft die Plattform Zukunftsbudget am 27. November 2010 zu einer Demonstration in Wien

auf, die von den Gewerkschaften PRO-GE und vida unterstützt wird. Die Plattform Zukunftsbudget vereint über 50 Organisationen - von Gewerkschaften, Familien- und Elternverbänden, Jugendorganisationen über Behindertenverbände und viele mehr. Das zeigt, dass fast alle Bevölkerungsschichten von den Einsparungen massiv betroffen sind.

Demonstration: Kein Sparen bei Kindern, Jugend und Familien
WO: Wien, vor dem Finanz und Familienministerium (bei der Urania)
WANN: Samstag, 27.11.2010 von 13:00 bis 17:00 Uhr
Mehr Infos unter www.zukunftsbudget.at

Rückfragehinweis:

PRO-GE Öffentlichkeitsarbeit
Barbara Trautendorfer
Tel: 01/53 444 69 264
Mobil: 0664/61 45 925
<http://www.proge.at>

vida-Öffentlichkeitsarbeit
Ines Schmied-Binderlehner
Tel: 01/53 444 79 263
E-Mail: ines.schmied-binderlehner@vida.at
<http://www.vida.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Foglar: Zukunftsthema Bildung umfassend diskutieren - Barrieren abbauen, gleiche Chancen für alle jungen Menschen

„Die aktuelle Diskussion über das Bildungssystem geht am eigentlichen Thema vorbei“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. "Wir brauchen ein Schulsystem, das allen jungen Menschen die gleichen Chancen eröffnet und das die finanziellen Mittel bestmöglich im Sinn der Bildung einsetzt. Die Zukunftsfrage lautet nicht, bei wem sind die Lehrerinnen und Lehrer angestellt, sondern wie können wir ein ganzheitliches und zukunftsorientiertes Bildungssystem schaffen. Österreich liegt im Spitzenfeld bei den Bildungsausgaben, aber im Schlussfeld beim PISA Test."

Der ÖGB-Vorstand hat heute seine Schwerpunkte für das kommende Jahr diskutiert, Bildung als eines der wichtigsten Zukunftsthemen steht ganz oben auf der Liste. "Wir brauchen ein Gesamtkonzept und kein Flickwerk, wir brauchen Zukunftsorientierung statt eines bildungspolitischen Schrebergartens", sagte Foglar. Bildungspolitik müsse daher in der Kompetenz der Bundesgesetzgebung sein, der Bund müsse die Bildungsziele vorgeben, ein einheitliches Lehrerdienstrecht und eine einheitliche Lehrerausbildung schaffen. "Logische Konsequenz daraus ist natürlich auch, dass der Bund einheitlicher Arbeitgeber

aller Lehrer sein muss", so Foglar. "Wir reden von Mobilität in ganz Europa, und dann hätten wir im wichtigen Bildungsbereich im kleinen Österreich neun verschiedene Arten Schule zu gestalten, das ist absurd." Die Sozialpartner hätten schon 2007 ein umfassendes Bildungskonzept vorgelegt, beim Sozialpartnerdialog in Bad Ischl im heurigen Herbst haben sie bereits angekündigt, mit den zuständigen Ministerinnen Schmied und Karl rasch in Gespräche treten zu wollen.

Barrieren in der Bildung abbauen

Zu einem umfassenden Gesamtkonzept gehöre auch das Abbauen von Barrieren, die es bei der Bildung gebe. "Das Bildungssystem benachteiligt einkommensschwache Familien", kritisiert Foglar. "65 Prozent von Akademikerkindern besuchen AHS, nur 15 Prozent aus Arbeiterfamilien. Auch innerhalb der AHS entscheidet das Einkommen der Eltern - wer sich Nachhilfe leisten kann, steht besser da", so der ÖGB-Präsident. Jährlich geben Eltern 120 bis 130 Millionen Euro für Nachhilfe aus, ein Drittel der Eltern müssen Nachhilfe in Anspruch nehmen. "Nachhilfe muss überflüssig werden", fordert Foglar, "wir brauchen daher deutlich mehr ganztägige Schulangebote, das spart teure Nachhilfestunden und verbessert außerdem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie."

Bildungswegentscheidung später treffen

"Fördern statt Selektieren heißt die Anforderung an die Schule der Zukunft. Derzeit übt sich das Schulsystem eher im Aussortieren als im Unterstützen. Die Schule nimmt sich noch immer das Recht heraus, zu entscheiden, welche Zehnjährigen ins Gymnasium dürfen", so Foglar. Die Entscheidung, wer in welchen Schultyp geht, darf nicht schon Zehnjährigen aufgezwungen werden, denn sie entscheidet über viele Chancen im ganzen restlichen (Berufs-)Leben. "Die Bildungswegentscheidung kann erst im Anschluss an die Sekundarstufe I fundiert getroffen werden. Deshalb brauchen wir eine gemeinsame Schule für alle 10- bis 15-Jährigen", fordert Foglar. (fk)

Rückfragehinweis:

Nani Kauer

01/ 53 444 - 39 261

0664/ 614 59 15

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://www.ots.at) ***

→ *Bildungskonzept der Sozialpartner*

<http://www.plattform-educare.org/INTERIMSORDNER%20FÜR%20PDF-DATEIEN/ChancebildungFinalPDF.pdf>

Zusammenfassung der Presse-Meldungen

[Patt-Situation im Lehrerstreit - ORF.at](#)

Im Streit um eine Schulreform liegen derzeit die Meinungen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP weit auseinander. Die ÖVP hat sich auf eine Verländerung der ...

[Auch bei Reform in Schulverwaltung geht nichts mehr - nachrichten.at](#)

WIEN. Mangels Aussicht auf Einigung will Kanzler Werner Faymann (SP) mit dem Koalitionspartner ÖVP nicht mehr über eine Reform der Schulverwaltung reden. ...

[Faymann und Pröll fehlt der Blick für die Zukunft - nachrichten.at](#)

Fast scheint es, als hätte Bundeskanzler Werner Faymann (SP) nur auf die Gelegenheit gewartet, etwaige Reformpläne für die Schulverwaltung ad acta zu legen. ...

[Busek schlägt Befragung der ÖVP-Mitglieder vor - derStandard.at](#)

Vizekanzler Josef Pröll hat sich im Streit um die Lehrerkompetenzen nach anderen Allianzen umgesehen. Bundeskanzler Werner Faymann steht ...

[Pröll ortet Gesprächsverweigerung - ORF.at](#)

Mit deutlichen Worten Richtung Koalitionspartner ÖVP hat Kanzler Werner Faymann (SPÖ) am Samstag dem Wunsch nach einer stärkeren Verlagerung der ...

[Lehrergewerkschaft gegen ÖVP-Vorschlag - ORF.at](#)

Die Lehrer bleiben Streitthema innerhalb der Koalition. Nach dem Vorstoß der ÖVP, Schulkompetenzen zu den Ländern zu verlagern, hat Bundeskanzler Werner ...

[Faymann reicht's: "Diskussion ist beendet" - Kleine Zeitung](#)

Bundeskanzler Werner Faymann (S) will nicht mehr über Lehrer reden und hat in der Frage nach deren von der ÖVP betriebenen "Verländerung" am Samstag einen ...

[Schulstreit: Kanzler droht ÖVP mit "Druck" - Kurier](#)

ÖVP-Chef Pröll wirft der SPÖ "Gesprächsverweigerung" vor. SPÖ-Chef Faymann droht der ÖVP mit "öffentlichem Druck". Kanzler Werner Faymann stärkte seiner ...

[Standort: news.ORF.at / Thema: „Trotz Faymann-“Machtworts“: Lehrer bleiben SPÖ ... - ORF.at](#)

Mangels Aussicht auf eine Lösung will Bundeskanzler Faymann (SPÖ) derzeit nicht mehr über die Zuständigkeit für die Lehrer reden und hat in der Frage nach ...

[Prölls Glück im Unglück - DiePresse.com](#)

Zwei Jahre nach seinem Amtsantritt als ÖVP-Obmann sind Josef Pröll und seine Partei mit Umfragewerten von 26 Prozent wieder auf dem Niveau des desaströsen ...

[Das Faymann-Paradoxon - DiePresse.com](#)

Dass Werner Faymann in den Umfragen weit vor Josef Pröll liegt, zeigt, dass Aktivität nicht immer hilfreich ist. Und wird dafür sorgen, dass das Klima in ...

[Länder-Lehrer: Wo die Vorteile, wo Nachteile? - ORF.at](#)

Wer soll bei den Lehrern das Sagen haben: der Bund oder die Länder? Die Bundes-

ÖVP forderte zuletzt eine Kompetenzverschiebung zugunsten der Länder. ...

[Faymann: "Diskussion ist beendet" - derStandard.at](#)

Wien - Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) nun hat in Sachen Schulverwaltung deutliche Worte in Richtung ÖVP gefunden und erteilt dem Wunsch des ...

[Karl will keinen "Bildungsfleckerlteppich" - derStandard.at](#)

Wien/Linz - Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) pocht angesichts des Verländerungswunsches ihres Parteiobmanns Josef Pröll in Sachen Schulverwaltung ...

[Auch VP-Chef Pröll will Kompetenz für alle Lehrer bei den Ländern - nachrichten.at](#)

WIEN. VP-Obmann Josef Pröll hat sich bei der Schulreform auf die Seite seiner vier Landeshauptleute geschlagen. Entgegen dem ursprünglichen Regierungskurs ...

[Schule entzweit Koalition - tt.com](#)

Die schwarzen Landeshauptleute verlassen die Arbeitsgruppe Bildung und pochen auf eine Verländerung aller Lehrer. Die SPÖ kontert und spricht vom „Ende ...

[Lehrer werden zum Spielball der Landesfürsten – Das Ende der Reform - Wiener Zeitung](#)

Von Brigitte Pechar Die Landesfürsten der ÖVP wollen also alle Lehrer haben. Und ÖVP-Obmann Josef Pröll stellt sich an ihre Seite. ...

[Lehrer: Faymann steht zur Position des Bundes - nachrichten.at](#)

WIEN. Bundeskanzler Werner Faymann (S) hat Freitagabend betont, dass er in Sachen Schulverwaltungsreform weiterhin zur "Position des Bundes" steht. ...

[ÖVP-Länder einigen sich mit Finanzminister auf Effizienzsteigerung - Kompetenz ... - Österreich Journal](#)

Wien (övp-pd) - „Wir wollen ein klares Signal im Bereich der Verwaltungsreform setzen und damit in Vorlage gehen“, betont Finanzminister Josef Pröll nach ...

[Faymanns Machtwort - NÖN Online](#)

Dass das Aus für die Diskussion über die Lehrer-Kompetenzen als Machtwort von SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann tituliert worden ist, mutet doch etwas ...

[Polit-Eiszeit in der Bildung - NÖN Online](#)

ÖVP-VORSTOSS / Gemeinsam mit Vizekanzler Josef Pröll fordern die ÖVP-Landeshauptleute neue Bildungsstruktur. SPÖ reagiert brüskiert. ...

[Die Schlacht beginnt - NÖN Online](#)

Die vergangenen Wochen gehören nicht zu den glücklichsten im politischen Leben des Finanzministers. Josef Pröll hatte nicht nur zwei schmerzliche ...

[Im Interview mit "Österreich" fordert Josef Pröll die SPÖ auf, endlich Mauern ... - oevp.at](#)

Die ÖVP hat am Freitag ihr Konzept für eine Reform der Schulverwaltung präsentiert. Mehr Effizienz, weniger Kosten und mehr Transparenz stehen im Zentrum ...

[Josef Pröll: "SP soll nicht mauern" - oe24.at](#)

Josef Pröll: Falsch. Es geht darum, die Bildungspolitik vollständig in den Bund zu holen, dafür die Länder für die Schulverwaltung verantwortlich zu machen. ...

["Kleine Zeitung" Kommentar: "Land ohne Kompass" \(Von Hubert Patterer\) - APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Graz (OTS) - Das Land erinnert an ein Stück Bruchholz, das ziellos auf dem Wasser treibt. Sein träges Schaukeln wirkt nicht unvergnügt. ...

[Lehrer-Debatte Häupl stützt Faymann wienweb.at](#)

Bundeskanzler Faymann hat am Samstag in Sachen Schulverwaltung deutliche Worte in Richtung ÖVP gefunden. Er erteilt dem Wunsch des Koalitionspartners nach ...

[ÖSTERREICH: Kanzler Faymann spricht "Machtwort" zum Lehrer-Streit: "Diskussion ..." - APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - In einem Interview für die morgige Sonntags-Ausgabe der Tageszeitung ÖSTERREICH spricht Bundeskanzler Werner Faymann das lange erwartete ...

[Kaltenegger: Menschen wollen, dass auch in Verwaltung gespart wird - SPÖ soll ... - APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien, 20. November 2010 (ÖVP-PD) ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger vermisst vonseiten des Koalitionspartners SPÖ nach wie vor Bewegung in der von der ...

["profil"-Umfrage: Starke Verluste der ÖVP, Faymann vor Pröll - APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - Wie das Nachrichtenmagazin "profil" in seiner Montag erscheinenden Ausgabe berichtet, leidet die ÖVP unter akutem Wählerschwund: Fänden am ...

[Plattform EduCare unterstützt Bildungsvolksbegehren!](#)

imzoom.info

In den aktuellen Ausführungen zum Start Ihres Bildungsvolksbegehrens fehlt jedoch noch die konkrete Nennung der Elementarpädagogik. ...

Die Mitglieder der Plattform EduCare und alle an der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik Interessierten können mit dafür sorgen, dass in die endgültige Formulierung des geplanten Volksbegehrens auch die Elementarpädagogik explizit aufgenommen wird.

Die Möglichkeit dazu besteht durch Eintrag und entsprechende Formulierung im Bereich „Mein Statement“ - etwa mit dem Text „Ich unterstütze das Volksbegehren Bildungsinitiative, weil ich hoffe, dass der gesamte Bereich der Bildung - von der Geburt ("Elementarpädagogik") über die Schule ("Primar-/Sekundarpädagogik") und die Tertiäre Bildung bis zum Lebenslangen Lernen darin enthalten sein wird: und damit - auch wenn kein Gesetz daraus entstehen sollte - ein weiterer wichtiger Schritt zur Thematisierung dieses für Österreich

wohl wichtigsten Zukunftsproblems gesetzt wird.“

Eintragungslink:

<http://www.vbbi.at/als-unterstuetzerin-registrieren/>

Bitte beachten Sie, dass Ihre Registrierung auf dieser Website *keine* amtlich gültige Unterstützungserklärung ist. Mit Ihrer Registrierung auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage bekunden Sie Ihre Befürwortung der Aktion.

Mit der Registrierung erklären Sie sich mit der Speicherung Ihrer Daten und der Nennung Ihrer Person auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage einverstanden. Sollten Sie ein Statement speichern, erteilen Sie damit Ihre Zustimmung für die Veröffentlichung desselben auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage.

JUGENDVERTRETUNG: Bildungspolitik muss endlich in der Gegenwart ankommen! - Geplante Kürzungen und Rückschritte sind fatal für die Zukunft junger Menschen!

Wien (OTS) - Die Bundesjugendvertretung (BJV) kritisiert die derzeitigen Entwicklungen in der Bildungspolitik und weist auf die fatalen Folgen für junge Menschen hin: "Wenn sich Bundes- und LandespolitikerInnen auf das weitere Vorgehen im Bildungsbereich verständigen, steht ein Punkt dabei nicht an der Tagesordnung: die Förderung junger Menschen. Der Fokus muss sich endlich weg von den Machtbedürfnissen hin zu den Bedürfnissen der SchülerInnen wenden", betont BJV-Vorsitzende Rodaina El Batnigi.

Die BJV kritisiert insbesondere die Verschiebung wichtiger Maßnahmen im Rahmen des aktuellen Budgetentwurfes: "Modulare Oberstufe, Förderung von muttersprachlichem Unterricht, gezielte Berufsorientierung für SchülerInnen sowie Reformen bei der Ausbildung von Kindergarten- und SchulpädagogInnen - das sind wichtige Grundpfeiler für die Zukunft und Stabilität unseres Landes, die von der Regierung jetzt schlagartig versenkt worden sind! Eine moderne Bildungsreform rückt damit in immer weitere Ferne", warnt die Vorsitzende.

Besonders dramatisch seien die Pläne hinsichtlich einer weiteren Verländerung der Bildungsagenden: "Diese rückwärtsgerichtete Politik ist einfach inakzeptabel und trifft junge Menschen enorm. Wir fordern schon seit Jahren, dass es für alle Kinder in Österreich die gleichen Ausbildungschancen geben muss. Nach wie vor ist unser Bildungssystem stark von sozialer Selektion geprägt. Auch dass für viele bereits mit neun oder zehn Jahren wichtige Chancen verspielt werden, ist einfach inakzeptabel! Daher muss endlich die gemeinsame Schule flächendeckend umgesetzt werden", fordert El Batnigi.

Rückfragehinweis:

Bundesjugendvertretung
Mag.a Nicole Pesendorfer
Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0676/ 880 111 048

mailto: nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1051/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

"KURIER"-Kommentar von Josef Votzi: "Zeit für den Supergipfel" Ein Polit-Gipfel jagt den anderen. Aber welchen Berg will die Regierung nehmen?

Am Freitag der Familiengipfel, gestern der Uni-Gipfel, heute der Schul-Gipfel. Auf dem Ballhausplatz herrscht Gipfelfieber. Eine Woche vor der Budgetrede geben sich Interessenvertreter aller Lager die Klinke in die Hand. Alle, die lautstark genug Protest angemeldet haben, erhalten einen Termin bei der Regierungsspitze. In einer Demokratie an sich eine Selbstverständlichkeit, aber noch lange nicht Alltag: Die Rektoren mussten ein halbes Jahr auf ihren Termin warten. Trotz der Sitzungsmania gilt der Satz: Über allen Gipfeln ist Unruh. Hier der Kanzler, der jeden Gipfel mit dem Vorsatz stürmt: Unterm Gipfelkreuz müssen Zocker, Spekulanten und die "Reichen" die weiße Fahne hissen. Dort der Vizekanzler, der will, dass seine Bergkameraden von den anfeuernden Rufen "sparen, sparen, sparen" erschöpft in lichter Höhe endlich klein begeben. Kein Wunder, dass die beiden nie beim gleichen Gipfelkreuz ankommen. Wenn die vielen Parallel-Läufe einmal Pause machen, wie wär's mit einem Gipfelgespräch zwischen Kanzler und Vizekanzler - nur zu zweit, ohne den Ballast von Länderfürsten und Parteifreunden im Gepäck. Einziges Thema für das ultimative Gipfelgespräch: Welchen Berg nehmen wir eigentlich?

Rückfragehinweis: KURIER, Innenpolitik Tel.: (01) 52 100/2649
mailto:innenpolitik@kurier.at www.kurier.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/129/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***
APA0421 II, XI 22.11.2010 15:52:18

Lehrer - Häupl: ÖVP-Vorstoß für gemeinsame Lösung nicht dienlich - "Stehe zum Beschluss von Frauenkirchen"

Der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl (S) kritisiert seine VP-Amtskollegen in der Lehrer-Debatte. Die ÖVP-Landeshauptleute hätten mit ihrem aktuellen Vorstoß zur Übernahme der Bundeslehrer durch die Länder der Suche nach einer gemeinsamen Lösung "keinen guten Dienst" erwiesen, meinte Häupl im Gespräch mit der APA. Er selbst, so betonte er, stehe aber inhaltlich zum Beschluss der Landeshauptleute von Frauenkirchen.

Bei einer Landeshauptleutekonferenz hatten dort vor rund einem Jahr die Länder ihrer Sympathie dafür kundgetan, auch die Bundeslehrer in ihren Bereich zu bekommen. Schlüsselsatz in dem fünfseitigen Papier: "Die Vollziehung des Dienstrechtes für alle Lehrer soll Landessache sein." Die Landeshauptleute hielten in dem Papier außerdem fest, dass die Pflichtschullehrer Landeslehrer "bleiben müssen".

Vergangene Woche haben nun die ÖVP-Landeshauptmänner ihre Position zu einer Bildungsreform weiter ausgeführt. Demnach soll die grundlegende Struktur der Bildungslandschaft, also Lehrinhalte, Lehrpläne und Bildungsziele sowie die Definition von Schultypen und Schularten Bundeskompetenz sein. Die Länder wiederum sollen alle administrativen Verantwortlichkeiten wahrnehmen, so sollen etwa alle Lehrer bei den Ländern angestellt sein.

Häupl kündigte an, bei der bevorstehenden Landeshauptleute-Konferenz in Langenlois seinen schwarzen Amtskollegen zu sagen, dass er es nicht für sinnvoll halte, wenn die ÖVP nun neue Standpunkte einnehme. Bereits am Wochenende hatte Häupl im einem Interview mit "Österreich" kritisiert, dass bei der ÖVP mit keinem Wort erwähnt werde, dass alle Landeshauptleute einstimmig beschlossen hätten, dass zuvor alle Finanzfragen geklärt werden müssen.

BSA: Regierungsbeschluss umsetzen - Alle LehrerInnen zum Bund

Der BSA-Fachverband der AHS-LehrerInnen lehnt den ÖVP-Vorschlag, alle BundeslehrerInnen zu "verändern", entschieden ab. "Für die sozialdemokratischen AHS-LehrerInnen ist das eine Kampfansage an ein einheitliches österreichisches Bildungssystem. Deshalb gibt es von unserer Seite volle Unterstützung für die Haltung von Bundesministerin Claudia Schmied", so die Vorsitzende des Fachverbandes OStR Prof. Mag.a Barbara Dmytrasz, am Montag. ****

Der Griff nach den BundespädagogInnen und damit auch das volle Bestimmungsrecht der Länder bei LehrerInnenanstellungen und DirektorInnenbestellungen zeige die Machtgelüste der ÖVP. Dahinter stecke in Wahrheit ein versuchter "Kuhhandel": Lehrer zum Land - Spitäler zum Bund. Die sozialdemokratischen AHS-LehrerInnen begrüßen daher die Politik von Bundesminister Alois Stöger, für den die Gesundheit der Österreicher kein Tauschobjekt ist. "Es kann in dieser Causa nur eine Position geben: Alle LehrerInnen zum Bund", so Dmytrasz abschließend. (Schluss) tg/mp

Rückfragehinweis: Mag. Alessandro Barberi, BSA-Presse, Tel. 01-310 88 29/16, e-mail: presse@bsa.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

AKS und SJ an ÖVP: "Machtpolitik und Blockade: 1,

Schulpolitik: 5" - Jugendliche protestierten vor ÖVP-Bundesparteientrale gegen die Schaffung eines Bildungsfleckerlteppichs zulasten künftiger Schulreformen

"Schulpolitik: 5, Machtpolitik: 1, Verwaltungsreform: 5, Blockade: 1", dieses Zeugnis stellten VertreterInnen von Aktion kritischer SchülerInnen (AKS) und Sozialistischer Jugend (SJ) heute Montag der ÖVP aus. Bei einer Medienaktion vor der ÖVP-Parteientrale protestierten die Jugendlichen gegen die Schulpläne von ÖVP-Chef Josef Pröll und dessen tonangebenden Onkel Erwin. "Die Zersplitterung des Schulwesens soll nötige bundesweite Reformen für immer verunmöglichen", so SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi. Die Bundesvorsitzende der AKS, Iris Schwarzenbacher, weist darauf hin, dass der Kompetenzdschungel im Bildungssystem nicht noch undurchsichtiger werden dürfe, sondern abgebaut werden müsse.

Fotos der heutigen Aktion finden Sie auf:

<http://www.flickr.com/photos/gegenrechts/sets/72157625444151034/>

Aviso: "Schulverwaltung und Kompetenzverteilung im österreichischen Bildungswesen" ist u.A. Thema der Pressekonferenz der AKS, 23.11.2010, 9.30 Uhr, Café Eiles, Josefstädterstraße 2, 1080 Wien.

Rückfragehinweis: Boris Ginner, SJ-Pressesprecher, 0664 / 560 49 87 Vanessa Gaigg, Pressesprecherin der AKS, 0699/19462627

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/375/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***
OTS0067 II, WI 22.11.2010 10:02:39

AHS-Gewerkschafter lehnen eine "Verlängerung" ab - Pröll geht es nur um Macht

Wien (OTS/FSG) - Die sozialdemokratischen AHS-GewerkschafterInnen bekräftigen aufgrund des neuerlichen Vorstoßes von Onkel und Neffen Pröll, dass sie eine Verlängerung der BundeslehrerInnen ablehnen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werden. ++++ ElternvertreterInnen aller Couleurs, nahezu jeder Schulexperte, die Lehrgewerkschaften der AHS- und BHS-Lehrkräfte (Jürgen Rainer, Vorsitzender der Gewerkschaft der Lehrer an den Berufsbildenden Mittlern und Höheren Schulen, FCG, zeigte sich "schockiert": "Wir lehnen das kategorisch ab."), SchülervertreterInnen, die Vertreter der Sozialpartner, der Wirtschaft, BildungsökonomInnen und Verwaltungsexperten - eigentlich so ziemlich alle, die nicht Landeshauptleute oder in deren direktem Sold oder Einflussbereich stehen, sprechen sich mit immer größerer Vehemenz, die teilweise schon an Verzweiflung grenzt, gegen eine verstärkte Föderalisierung im Bildungswesen aus. "Man kann an den derzeitigen Problemen unseres Nachbarlandes Deutschland sehen, wie ungünstig sich ein missverstandener Föderalismus auf das Schulwesen auswirkt", meint dazu Mag. Michael Zahradnik, Vorsitzender der FSG-AHS. "Ein Fleckerlteppich an Schulformen nützt niemanden, am wenigsten den Schülerinnen

und Schülern." Und langsam wird die Diskussion skurril, etwa wenn LH Pröll meint, die im Dezember vorliegende neue Pisa-Studie werde ein Urteil über Ministerin Schmied und die BundeslehrerInnen abgeben. "Abgesehen davon, dass in den 10 Jahren Ausbildung der 16- Jährigen, die 2009 den PISA-Test ablegten, mehr Gehrler als Schmied steckt, und abgesehen davon, dass solche simplen Schuldzuschreibungen alles andere als sinnvoll sind: Seiner Logik nach wäre dann Pröll für die Ergebnisse der PflichtschülerInnen bei PISA verantwortlich. Nachdem bisher stets AHS und BHS-SchülerInnen mit Abstand besser abschnitten, wäre dieses Argument ein echter Selbstschuss", schloss Zahradnik.

Rückfragehinweis:

Mag. Michael Zahradnik
Vorsitzender der FSG AHS
0676 541 42 35
michael.zahradnik@inode.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/88/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VERLÄNDERUNG DER BILDUNG IST BILDUNGSPOLITISCHER WAHNSINN ...

von adenion

Eine - Verländerung - der Bildung, wie sie derzeit propagiert wird, kann in ihrer Konsequenz im Elementarbildungswesen nur als abschreckendes und kontr.

[pressemeldungen.at](http://www.pressemeldungen.at) » Mehr als... - <http://www.pressemeldungen.at/>

LehrerInnenbildung NEU - Stakeholderkonferenzen

Am 12. November 2010 fand in Linz der Auftakt zu vier bundesweiten Stakeholderkonferenzen von Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl zur "LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe" statt. Weitere Stationen sind Innsbruck, Wien und Graz.

Ziel der Stakeholderkonferenzen ist es, über die Eckpunkte des Modells LehrerInnenbildung NEU zu informieren, Meinungen und Standpunkte dazu auszutauschen.

[Mehr dazu »](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilung(en) hat (haben) ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←